

Dresdner Journal.



Königlich Sächsischer Staatsanzeiger.
Verordnungsblatt der Ministerien und der Ober- und Mittelbehörden.

Zeitweise Nebenblätter: Landtagsbeilage, Synodalbeilage, Ziehungslisten der Verwaltung der K. S. Staatsschulden und der K. S. Land- und Landeskulturcentenbank-Verwaltung, Übersicht der Einnahmen und Ausgaben der Landes-Brandversicherungsaussicht, Übersichten des K. S. Statistischen Landesamts über Ein- und Rückzahlungen bei den Sparkassen, Grundfähigkeits Entscheidungen des K. S. Landesversicherungsamts, Verkaufsstelle von Holzplanzen auf den K. S. Staatsforstrevieren.

Beauftragt mit der verantwortlichen Leitung: Hofrat Doenges in Dresden.

Nr. 34.

Dienstag, 11. Februar

1913.

Verlagspreis: Beim Bezuge durch die Expedition, Große Zwingerstraße 16, sowie durch die deutschen Postanstalten 3 Mark vierteljährlich. Einzelne Nummern 10 Pf.
Erscheint: Wochentags nachmittags. — Fernsprecher: Expedition Nr. 1295, Redaktion Nr. 4574.

Ankündigungen: Die 1spaltige Grundzeile oder deren Raum im Ankündigungsteile 30 Pf., die 2spaltige Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 75 Pf., unter dem Redaktionsstrich (Eingeliefert) 150 Pf. Preisermäßigung auf Wochenschriften. — Schluß der Annahme vorm. 11 Uhr.

Prinzessin Viktoria Luise von Preußen hat sich mit dem Prinzen Ernst August, Herzog von Braunschweig-Lüneburg, verlobt.

Die Türken haben angeblich den Griechen bei Janina eine sehr schwere Niederlage zugefügt.

Bei Robosta ist es den Türken gelungen, Truppen zu landen.

Im Stutari wird weiter erbittert gekämpft. Nach amtlichen montenegrinischen Nachrichten hatten die Montenegriner einen Verlust von 2500 Toten und Verwundeten.

Dahi Pascha ist in halbamtlicher Mission nach Europa gereist. Er soll Fühlung mit der Vorkonferenz in London nehmen und Friedensverhandlungen auf der Grundlage der letzten türkischen Note anzubahnen suchen.

Die Armeerevolution in Mexiko scheint mit einem vollen Erfolg für Felix Diaz geendet zu haben. Dieser soll sich selbst zum Präsidenten erklärt haben. Nubers ist an die Küste entflohen.

In Tokio ist es infolge der politischen Krise, die zur Verlagerung des Parlaments geführt hat, zu ersten Wahlen gekommen.

Nach einer Meldung aus Neuseeland hat Kapitän Scott den Südpol erreicht, ist aber mit fünf seiner Begleiter bei einem Schneesturm umgekommen.

Amthlicher Teil.

Finanzministerium.

Se. Majestät der König haben Allergnädigt geruht, den Straßendirektor a. D. Karl Hermann Doh in Zwönitz das Ehrenkreuz mit der Krone und Johann August Pietzsch in Wadig das Ehrenkreuz zu verleihen.

Ministerium des Innern.

Se. Majestät der König haben Allergnädigt zu genehmigen geruht, daß der Kommerzienrat Eugen Ritter in Dresden das ihm von Se. Majestät dem König von Spanien verliehene Komturkreuz mit Stern des Ordens Isabellas der Katholischen annehme und trage.

Ministerium des Kultus und öffentlichen Unterrichts.

Se. Majestät der König haben Allergnädigt geruht, dem Schuldirektor in Weiher Hirsch Wilhelm Hermann Böthig anlässlich seines Abtrittes in den Ruhestand das Ritterkreuz 2. Klasse vom Albrechtsorden zu verleihen.

Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten.

Dresden, 10. Februar. Se. Majestät der König haben heute den Königl. Italienischen außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister Pansa behufs Angenahme seines Abberufungsschreibens im Königl. Residenzschlosse in feierlicher Audienz zu empfangen geruht.

(Regierungs Bekanntmachungen erscheinen auch im Inseratenteil.)

Nichtamtlicher Teil.

Vom Königlichem Hofe.

Dresden, 11. Februar. Se. Majestät der König sind um 8 Uhr den Bataillonsabend beim 1. Pionierbataillon Nr. 12 besuchten.

Deutsches Reich.

Verlobung der Prinzessin Viktoria Luise von Preußen mit Prinz Ernst August, Herzog zu Braunschweig-Lüneburg.

Berlin, 11. Februar, 1 Uhr früh. Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht in seiner Extraausgabe folgende Bekanntmachung:
Am Großherzoglich badischen Hofe in Karlsruhe hat am heutigen Tage die Verlobung der einiagen

Tochter Ihrer Kaiserlichen und Königlichen Majestäten, der Prinzessin Viktoria Luise Adelheid Mathilde Charlotte von Preußen, Königlichen Hoheit, mit Se. Königlichen Hoheit dem Prinzen Ernst August, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg mit Genehmigung Se. Majestät des Kaisers und Königs und Se. Königlichen Hoheit des Herzogs von Cumberland stattgefunden.

Dresden, 11. Februar. Diese Nachricht, die heute das deutsche Volk freudig bewegt und in seinen herzlichsten Rundgebungen der Liebe und Anhänglichkeit für Se. Majestät den Kaiser und sein Haus zu schönem Ausdruck kommt, wird auch hier allseitig mit aufrichtiger Freude aufgenommen werden. Nimmt doch unser erlauchtes Königshaus und das sächsische Volk stets mit warmem Herzen Anteil an Glück und Leid im Hause Se. Majestät des Kaisers. Heute einen sich die Sächsen in herzlichsten Wünschen für das Glück des jungen Paares und der hohen Elternpaare.

Prinzessin Viktoria Luise Adelheid Mathilde Charlotte wurde am 13. September 1892 zu Potsdam geboren. Sie ist das jüngste Kind Ihrer Majestäten des Kaisers und der Kaiserin. Ihr Bräutigam Prinz Ernst August Christian Georg, der zweite Sohn und ebenfalls der jüngste Sproß seiner hohen Eltern, des Prinzen Ernst August, Herzogs von Cumberland und Herzogs zu Braunschweig und Lüneburg und dessen Gemahlin Marie, geborenen Prinzessin von Sachsen-Altenburg, wurde am 17. November 1887 zu Penzance geboren. Er ist Königl. bayerischer Oberleutnant im 1. Schwere Reiterregiment.

Die Verlobung der Prinzessin Viktoria Luise mit dem Prinzen Ernst August wird allseits lebhaft begrüßt und werden die innigsten Segenswünsche werden die Verbindung des hohen Paares begleiten. Der in der Hauptstadt des Großherzogtums Baden ertönde sich im ganzen großen Deutschen Reiche fortplantzende laute Jubel findet freudigen Widerhall im Auslande, besonders in Österreich-Ungarn, dem allezeit getreuen Bundesgenossen Deutschlands, dessen Herrscher so innige Freundschaftsbände mit unserem erlauchten Monarchen verknüpfen.

Das Echo zu den Erklärungen in der Budget-Kommission.

Der „Deutsche Flottenverein“ schreibt in seinen Mitteilungen u. a.: Nach Pressenachrichten hat der neue Staatssekretär der Auswärtigen Angelegenheiten besriedigende Mitteilungen über das gegenwärtige Verhältnis Englands zu Deutschland gemacht. Im Anschluß daran soll der Staatssekretär des Reichsmarineamts ergänzende und erläuternde Äußerungen in dem Sinne hinzugefügt haben, daß vom Standpunkte des Marineressorts gegen ein Verhältnis der beiderseitigen Flotten von 16:10 keine Bedenken vorlägen. Wenn damit, wie wir bestimmt annehmen, gesagt werden soll, daß Deutschland mit diesem Stärkeverhältnis für die nächste Zeit zufrieden sein könne, so ist dies zutreffend. Bedenklich aber wäre es, wenn diesseits oder jenseits des Kanals irgendjemand mit Recht darauf hoffen dürfte, daß eine Verständigung mit England auf dieser oder einer ähnlichen Grundlage versucht werden würde. Das würde nicht nur der früheren Haltung der Reichsregierung in dieser wichtigen Frage geradezu widersprechen, sondern es würde damit ein Weg beschritten, der eines Tages zu unausgleichbaren Verwicklungen führen könnte. Schon die Aufnahme der Nachricht in England zeigt, wie dort in manchen Kreisen ein solcher Vertrag ausgelegt würde; man hält es für selbstverständlich, daß die von den Tochterländern beigesteuerten Schiffe davon ausgenommen werden und ebenso würden zweifellos die von fremden Nationen in England bestellten Kriegsschiffe als ausgeschlossen gelten sollen, obgleich keine Macht der Erde beide Kategorien hindern würde, in einem Konflikt mit Deutschland auf dem Kampffelde zu erscheinen.

Würde auf diese Weise das Verhältnis von 16:10, das an sich schon England eine hohe Siegeswahrscheinlichkeit gibt, zu einer Erfolgssicherheit umgewandelt, die nun und nimmer Grundlage einer Verständigung zwischen zwei großen Seemächten bilden kann, so könnte auch mit Rücksicht auf die übrigen europäischen Verhältnisse von einer solchen Vereinbarung nicht die Rede sein. Eine Bindung wäre doch nur in dem unwahrscheinlichen Falle möglich, wenn England außer seiner Vereinbarung über das Stärkeverhältnis auch ein Bündnis mit uns abschloße, das Deutschland in einem etwaigen Kriege mit dem Zweibund sicherte!

Endlich ist schon unzähligmal, auch von Regierungsseite aus, betont worden, wie eine solche Vereinbarung weit entfernt, den Frieden zu sichern, wegen des

unvermeidbaren Mißtrauens bezüglich ihrer strengen Beobachtung ebenso gut Anlaß zu scharfen Reklamationen und damit zum Kriege geben kann. Wir sind daher überzeugt, daß unsere eingangs gekennzeichnete Vermutung zutrifft und die Marineverwaltung nur ihre Ansicht kundgab, das Verhältnis von 10:16 der gesamten britischen Flotte gegenüber sei vorläufig, d. h. so lange die übrigen europäischen Verhältnisse sich nicht wesentlich ändern, eine Norm, die unserem Bedürfnis wohl entsprechen dürfte.

London, 10. Februar. Einige Zeitungen setzen die Erörterung über die Flottenfrage fort. „Daily Chronicle“ sagt, man dürfe in die Erklärungen des Großadmirals v. Tirpitz nicht mehr hineinlegen, als darin enthalten sei. Es sei eine offensibare Übertreibung, darin eine Einschränkung der Rüstungen zu erblicken. Das Blatt fährt fort: Wir vergessen nicht, daß die Erklärungen des Admirals v. Tirpitz von einer Erklärung des Staatssekretärs des Auswärtigen begleitet waren, welche die ausgezeichneten Beziehungen zwischen Deutschland und England hervorhob. Es ist ein Irrtum, den Schiffsbau als ein genaues Barometer der internationalen Beziehungen zu betrachten oder anzunehmen, daß die bessere Stimmung zwischen Deutschland und England nicht mehr als ein geringfügiger Stillstand in dem Wettrennen bedeute. Der Irrtum liegt in der Idee, daß ein Abkommen über die Einschränkung der Rüstungen nicht nur erreichbar sei, sondern daß es eine Besserung der Beziehungen begleiten und ihr womöglich vorausgehen müsse, während es nur seine letzte Wirkung sein könnte. „Daily Chronicle“ hält ein solches Abkommen für erreichbar, aber die Last der Seerüstungen beider Länder müßte nicht nur im Verhältnis zueinander, sondern zum Wachstum der Flotten in der ganzen Welt betrachtet werden.

Die in Berlin am 9. Februar ausgegebene Nr. 8 des Reichs-Gesetzblattes enthält: Internationales Abkommen vom 4. Mai 1910 zur Bekämpfung des Mädchenhandels; Bekanntmachung vom 7. Februar 1913 über die Ratifikation des vorgenannten Abkommens und die Hinterlegung der Ratifikationsurkunden; Ausführungsgesetz vom 14. August 1912 zu demselben Abkommen, sowie Bekanntmachung vom 7. Februar 1913 über die Wirksamkeit der im § 1 dieses Ausführungsgesetzes erwähnten Abrede.

Die Balkanfrage.

Die Kriegslage.

An der Tschataldtschalinie.

Konstantinopel, 10. Februar. Ein offizielles Communiqué besagt: Unsere Truppen, die sich bei Derkos befinden, besetzten, ohne Widerstand zu finden, die verschanzten Stellungen des Feindes. Der linke Flügel, der vorrückte, um den Feind auf den Höhen von Omarli anzugreifen, zwang zwei feindliche Regimenter, sich zurückzuziehen. Der Feind griff unsere Stellungen an großer See an und besetzte unsere Deckungen, aber unsere Truppen erwiderten lebhaft das Feuer und nahmen sie wieder ein.

Nach der Beschließung der bulgarischen Stellungen bei Silbiri haben sich die Bulgaren in das Innere der Stadt zurückgezogen. Die Stadt wird jetzt von der Panzerfregatte „Jostalije“ beschossen.

Konstantinopel, 11. Februar. „Islam“ meldet, daß vorgestern eine Abteilung türkischer Freiwilligen einen heftigen Angriff auf bulgarische Stellungen bei Tschataldtscha machte, die Drahtgitter durchbrach und in die Verschanzungen einrückte. Sie fügten durch Bomben den Bulgaren starken Schaden zu. Der Feind, der Verstärkungen erhalten hatte, versuchte die Freiwilligenabteilung, die nicht mehr als 100 Mann zählte, einzuschließen. Es gelang den Freiwilligen, durchzubrechen und ihre Toten und Verwundeten mitzunehmen. Der Feind verlor 1000 Mann an Toten und Verwundeten. Als dann die Freiwilligen Verstärkungen erhielten, gaben die Bulgaren ihre Stellungen auf und ließen Kanonen und 200 Gefangene zurück, von denen 38 gestern hierher gebracht worden sind.

Kämpfe auf Gallipoli.

Konstantinopel, 10. Februar. Reisende, die aus den Dardanellen hier angekommen sind, berichten, daß die vorgestrigen Kämpfe bei Kallipe auf der Halbinsel Gallipoli sehr erbittert gewesen seien. Die Bulgaren seien zu Hunderten tot und verwundet gefallen; die Türken hätten rund 30 Gefangene gemacht und nur zwei Tote und etwa 30 Verwundete gehabt. Ein Teil der Verwundeten sei schon fortgeschafft worden. Eine